

Entschließungsantrag

der Gruppe der PDS

zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.
– Drucksachen 13/4610, 13/5088 –

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung in den Bereichen der Rentenversicherung und Arbeitsförderung (Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz – WFG)

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der wirtschaftliche Strukturwandel in den neuen Bundesländern wird sich in den kommenden Jahren fortsetzen und die Arbeitsmarktkrise womöglich sogar noch verschärfen. Die im „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ vorgesehen Maßnahmen im Bereich des Arbeitsförderungsgesetzes weisen in eine falsche politische Richtung, weil sie in den neuen Bundesländern durch Leistungskürzungen und Abbau der Arbeitsmarktförderung unmittelbar zu noch mehr Arbeitslosigkeit führen werden. Zur weiteren Eindämmung der Arbeitslosenzahlen und zur Erschließung innovativer Beschäftigungsmöglichkeiten in unterschiedlichen Sektoren ist zumindest der Erhalt des gegenwärtigen Leistungsniveaus, insbesondere auch bei den arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumenten geboten.

2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

Die Bundesregierung gewährleistet bereits im Rahmen der Haushaltsentwürfe für 1997, daß die Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie von Maßnahmen der Fortbildung und Umschulung im Bundesgebiet Ost 1997 und bis auf weiteres mindestens mit dem Gesamtfördervolumen des Jahres 1995 fortgesetzt werden kann.

Bonn, den 26. Juni 1996

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

